



BDI

Bundesverband der
Deutschen Industrie e.V.

ZEHN-PUNKTE-PROGRAMM

Wirtschaft stärken Deutschlands und Europas Zukunft gestalten Leitplanken für die 19. Legislaturperiode

23/10/2017

Deutschlands Wirtschaft ist stark, unsere Industrie ist Exportmotor und Kraftzentrum der größten Volkswirtschaft Europas. Im Rückblick auf die vergangene Legislaturperiode wird indes deutlich: Die gute und stabile wirtschaftliche Lage unseres Landes wurde kaum für unsere Zukunft genutzt – wir haben zu wenig Wachstumsvorsorge betrieben. Deutschland braucht ein klares Bekenntnis zur Industrie und zum industriellen Mittelstand. Eine Politik für die deutsche Industrie statt eine schlechende De-Industrialisierung. Der Industriestandort Deutschland braucht ein Update.

Wir brauchen die Rückkehr zu einer Wirtschaftspolitik, die Deutschlands Zukunft und zugleich europäische und internationale Herausforderungen im Blick hat. Wettbewerbsfähigkeit statt Ordnungsrecht. Eigenverantwortung statt Umverteilung. Subsidiarität statt Zentralisierung. Augenmaß statt politischem Aktionismus. Gründergeist statt Besitzstandswahrung. Innovation und Investitionen statt weiterer sozialer Wohltaten. Stärkung der EU durch 1:1-Umsetzung von EU-Recht statt nationaler Alleingänge: Dies sind die zentralen Prinzipien einer zukunftsorientierten Wirtschaftspolitik.

Sprudelnde Steuereinnahmen, Wirtschaftswachstum und niedrige Zinsen dürfen nicht zu einem „Weiter so“ führen. Wir alle sind gefordert, in Zeiten großer Umbrüche und Veränderungen in Industriegesellschaften teils verständliche Verunsicherung in der Bevölkerung zu erkennen und Perspektiven aufzuzeigen. Politik und Gesellschaft müssen wieder mehr Zutrauen in marktwirtschaftliche Prozesse fassen. Nur eine funktionierende Soziale Marktwirtschaft mit einem starken industriellen Mittelstand ist der Garant für wirtschaftlichen Erfolg und Stabilität. Teilhabe und Wohlstand entstehen nicht durch bloßes Verwalten und Umverteilen, sondern durch Investitionen, Wachstum und Chancengerechtigkeit.

Der Start in die neue Wahlperiode bietet große Möglichkeiten, den Blick nach vorn zu richten und entschlossen zu handeln: Gefragt ist Mut statt Verzagtheit, Zukunft statt Status quo. Die Politik muss die Belastungen der Unternehmen, etwa durch beharrlich steigende Energiekosten, Hemmnisse in Forschung und Entwicklung oder immer neue Bürokratielasten, endlich in Angriff nehmen. Wir brauchen politische Initiativen für mehr Innovation – gerade in der Bildungs- und Forschungspolitik. Zugleich müssen wir die Chancen der Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft beherzt ergreifen. Auch in der Europapolitik und mit Blick auf den möglichst freien globalen Handel brauchen die Unternehmen Klarheit und Planungssicherheit.

Mit den hier zusammengefassten wirtschaftspolitischen Empfehlungen wollen wir Orientierung für die Wirtschaftspolitik in der 19. Wahlperiode des Deutschen Bundestages geben.

Energie- und Klimapolitik: Wettbewerbsfähigkeit stärken

Energie- und Klimapolitik sind zentral für unsere Wettbewerbsfähigkeit. Deutschland hat mit Abstand die höchsten Staatslasten auf Industriestrom: 44,9 Prozent des Strompreises bestehen aus Steuern, Abgaben und Umlagen. EU-weit sind es lediglich 22,2 Prozent. Das zeigt: Nationale Alleingänge schaden unserer Wettbewerbsfähigkeit. Der kontinuierliche Anstieg der Energiekosten muss endlich durchbrochen werden. Wir brauchen stattdessen eine kritische Analyse der milliardenhohen staatlichen Lasten auf dem Strompreis, unter denen Unternehmen wie Verbraucher leiden. Deutschland braucht eine realistische, technologieoffene und an Wirtschaftlichkeit orientierte Klimapolitik und muss auf ein international vergleichbares Ambitionslevel dringen. **Deshalb:**

- Steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung etablieren.
- Alternativen zum EEG-Umlagesystem prüfen.
- Sektorkopplung technologieoffen und kostenorientiert angehen.
- Anstieg der Netzentgelte begrenzen, Kosten für Netzausbau wirtschaftlich gestalten.
- Potenziale der Digitalisierung bei der Umsetzung der Energiewende nutzen.
- Den europäischen Emissionshandel als Leitinstrument etablieren.
- Den Energiebinnenmarkt vollenden.

Digitalisierung: Gemeinsam gestalten und Chancen ergreifen

Die digitale Transformation betrifft alle Bereiche unserer Gesellschaft, insbesondere die Wertschöpfungsprozesse in der Industrie. Derzeit belegt Deutschland bei der Internet-Geschwindigkeit aber nur Rang 15 von 31 in Europa. Im Zusammenspiel von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft müssen wir die Chancen ergreifen: Bis 2025 können wir in Europa durch eine vernetzte, effizientere Wirtschaft und neue Geschäftsmodelle einen Zuwachs von 1,25 Billionen Euro an industrieller Bruttowertschöpfung erzielen. **Deshalb:**

- Breitbandnetze und 5G-Einführung für die Gigabit-Gesellschaft vorantreiben.
- Europäischen digitalen Binnenmarkt zügig realisieren.
- Cybersicherheit durch Schaffung europäischer Standards stärken.
- Bestehende nationale Cybersicherheitsinitiativen koordinieren und bündeln.
- Koordinierungsstelle der Bundesregierung für Digitalisierung aufbauen.
- Rohstoffversorgung für Zukunftstechnologien sicherstellen.

Steuerpolitik: Strukturreform endlich anpacken

Steuerpolitik ist Standortpolitik. Die Höhe der Gesamtbelastung der Unternehmen liegt bei über 30 Prozent. In vielen Fällen macht allein die Gewerbesteuer über die Hälfte der Belastung aus. Deutschland muss sich dringend dem internationalen Steuerwettbewerb stellen. Seit der Steuerreform 2008 gab es keine zählbaren Entlastungen für Unternehmen oder strukturelle Verbesserungen. Das Außensteuerrecht stammt aus dem Jahr 1972. Seitdem hat sich die Außenhandelsquote der deutschen Wirtschaft von rund 33 Prozent auf 84 Prozent erhöht. Die steuerlichen Mehreinnahmen liegen in den nächsten vier Jahren bei 300 Mrd. Euro. Dies bietet Spielräume, die die Bundesregierung nutzen muss. **Deshalb:**

- Strukturelle Steuerreform umsetzen.
- Steuerliche Forschungsförderung einführen.
- Unternehmens- und Gewerbesteuer reformieren.
- Auf zusätzliche Belastungen verzichten.

Mobilität: Wandel technologieoffen gestalten

Angesichts rasant steigender Gütertransporte und wachsender Mobilitätsbedürfnisse der Menschen steigt die Notwendigkeit für eine nachhaltige und emissionsarme Mobilität. Die Industrie liefert dafür innovative Technologien. Damit das so bleibt, brauchen wir eine technologieoffene Balance zwischen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Interessen. **Deshalb:**

- Technologieoffenheit erhalten und Chancen der Digitalisierung im Verkehr nutzen, Verbote und Quoten unbedingt vermeiden.
- Erhalt und Ausbau – auch der digitalen – Verkehrsinfrastruktur durch Planungsbeschleunigung und Verstetigung der Investitionen sichern.
- Masterplan Schienengüterverkehr umsetzen und Multimodalität fördern.
- Wettbewerbsfähigkeit der Luftverkehrswirtschaft vor allem durch Wegfall der Luftverkehrssteuer stärken.

Forschungs- und Innovationspolitik: Innovationskultur stärken

Mit ihrer Wirtschafts- und Innovationsstärke schaffen deutsche Unternehmen Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit. Im internationalen Innovationswettbewerb ist es für Deutschland essentiell, Wissensvorsprünge zu erarbeiten, zu verbreiten und anzuwenden. **Deshalb:**

- Steuerliche Forschungsförderung in Form einer Steuergutschrift einführen.
- FuE-Quote auf 3,5 Prozent des BIP bis 2025 anheben.
- Mangel an Fach- und Führungskräften gemeinsam angehen.
- Innovationskultur und Technologieakzeptanz stärken.
- Innovationsprinzip in der Gesetzesfolgenabschätzung einführen.
- Hightech-Strategie zu einer nationalen FuE-Strategie weiterentwickeln.

Umwelt, Technik, Nachhaltigkeit: Pragmatismus statt Ideologie

Wirtschafts- und umweltpolitische Ziele dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Doch obwohl die Industrie längst nicht mehr zentraler Verursacher von Umweltbeeinträchtigungen ist, steht sie weiterhin im Fokus ehrgeiziger Umweltpolitik. Statt veralteter Rollenzuweisungen brauchen wir einen breiten Dialog, wie wir anstelle ideologischer Projekte künftig Nachhaltigkeit, anspruchsvolle Umweltziele und Wachstumsziele mit Augenmaß verbinden können. **Deshalb:**

- Chancen für mehr Ressourceneffizienz durch Industrie 4.0 nutzen.
- Rahmenbedingungen der Kreislaufwirtschaft verbessern.
- EU-Recht 1:1 umsetzen, „Gold-Plating“ schadet unserer Wettbewerbsfähigkeit
- Umsetzung der Agenda 2030 der Vereinten Nationen zum Maßstab der Nachhaltigkeitspolitik machen; Maßnahmen entlang der gleichberechtigten Dimensionen Ökonomie, Ökologie und Soziales ausrichten.

Rechtsetzung: Bürokratieabbau vorantreiben

Bürokratie und teils unnötige Regulierung belasten unsere Unternehmen, insbesondere im Mittelstand. Europarechtliche Vorgaben werden oft durch nationale Gesetzgebung verschärft. Der Erfüllungsaufwand für bundesrechtliche Vorschriften ist seit 2012 um ca. 11 Mrd. Euro angestiegen.

Deshalb:

- Ehrgeiziges Bürokratieabbauziel definieren und entschlossen umsetzen.
- Wirksame Bürokratieabbaumechanismen institutionalisieren, Normenkontrollrat stärken.
- E-Government forcieren.

Rechts- und Verbraucherpolitik: Eigentum und Vertragsfreiheit stärken

Eigentum, Vertragsfreiheit und effektiver Rechtsschutz sind Grundpfeiler der sozialen Marktwirtschaft. Allerdings hat das Wirtschaftsrecht mittlerweile eine Eindringtiefe erreicht, die erhebliche finanzielle und personelle Ressourcen in den Unternehmen bindet. Die Bundesregierung muss den Rechtsrahmen für Unternehmen wieder praktikabel gestalten und so insbesondere den Mittelstand entlasten. Eine Herausforderung für das Recht stellt auch die Digitalisierung dar. Die Politik muss den Rechtsrahmen behutsam an neue Entwicklungen anpassen und Schnellschüsse vermeiden. Fragen des „Dateneigentums“ oder des Zugangs zu Daten lassen sich vertraglich regeln. **Deshalb:**

- Rechtsrahmen behutsam an die Herausforderungen der Digitalisierung anpassen; „Eigentum“ und Zugang zu Daten den Betroffenen überlassen; Haftungsfragen bei autonom agierenden Systemen klären.
- Unternehmensrecht an den Bedürfnissen der Unternehmen ausrichten; Selbstregulierung stärken.
- Rechtssicherheit im Wirtschaftsstrafrecht schaffen.
- Kollektiven Rechtsschutz begrenzen, keine neuen Gruppen- oder Verbandsklagearten schaffen.
- Europäische Rechtsform für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) schaffen.

Europapolitik: Europäische Integration weiter vorantreiben

Die europäische Integration ist für die deutsche Industrie nicht irgendein Projekt – sie ist entscheidend für den Erhalt von Wohlstand, Sicherheit und Frieden. Nur im Verbund der EU können wir die Globalisierung auf Augenhöhe mit den USA und China gestalten. Die Bundesregierung muss die EU institutionell stärken und sich für ein starkes und wettbewerbsfähiges Europa einsetzen.

Deshalb:

- Wirtschafts- und Währungsunion vertiefen.
- Euro-Zone durch einen Europäischen Währungsfonds stärken.
- Europäischen Binnenmarkt vollenden. Digitalen Binnenmarkt schaffen.
- Brexit berechenbar ausgestalten, politische und wirtschaftliche Unsicherheiten abbauen.
- Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik konsequent weiterentwickeln.

Weltwirtschaft: Globalisierung aktiv gestalten

Kaum ein Land ist so stark in die internationalen Handelsströme und Wertschöpfungsketten eingebunden wie Deutschland. Das ist gut für Wachstum und Beschäftigung: Jeder vierte Arbeitsplatz in Deutschland hängt vom Export ab. Eine aktive Außenwirtschaftspolitik ist daher im Interesse Deutschlands. **Deshalb:**

- Protektionismus bekämpfen, Handelshemmnisse in G20, WTO und durch EU-Freihandelsabkommen mit strategischen Partnern abbauen.
- Instrumente der Außenwirtschaftsförderung optimieren.
- Rechtsunsicherheit bei der Exportkontrolle vermeiden.
- Handelsrestriktionen auf Rohstoffmärkten abbauen.
- Effektive und ausbalancierte handelspolitische Schutzinstrumente sichern.
- Deutsche Investitionen im Ausland wirksam schützen.